

aus dem Inhalt

- ♦ Klimaschutz und Armutsbekämpfung
- ♦ Menschenrechtsintervention Indien
- ♦ Politischer Dialog zur nuklearen Abrüstung
- ♦ JP Europa in Belgrad
- ♦ Workshop in Uruguay zur Organisationsfreiheit
- ♦ GKKE-Workshop in Südafrika zu Demokratischer Haushaltspolitik
- ♦ Ökumenische Teamvisits in Deutschland

**Klimaschutz und Armutsbekämpfung**

In einer gemeinsamen Erklärung „Für eine entwicklungsgerechte Klimapolitik“ haben sich Justitia et Pax und Misereor bei der Kommissionssitzung von Justitia et Pax in Berlin am 25. Oktober 2008 für eine globale Übereinkunft („Global Deal“) ausgesprochen.

Ein Schlüssel für diesen Global Deal seien Rahmenbedingungen, die es den Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, aktiven Klimaschutz zu betreiben, ohne die Chancen auf breitenwirksame wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung zu mindern. Die Erklärung knüpft an das Projekt „Klimawandel und Gerechtigkeit“ an, in dem das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, das Institut für Gesellschaftspolitik in München, Misereor und die Münchener Rück-Stiftung zusammenarbeiten.

Ehrgeiziger Klimaschutz sei ein Gebot der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, aber auch gegenüber zukünftigen Generationen. Die Erklärung plädiert für eine global gerechte Aufteilung des begrenzten Budgets von Emissionsrechten etwa nach dem Vorschlag zukünftig gleicher Verschmutzungsrechte für alle Menschen.

Die erheblichen Anstrengungen zur Anpassung an die nicht vermeidbaren Formen des Klimawandels erforderten eigene globale Transferzahlungen, eine bessere Abstimmung von Klima- und Entwicklungspolitik mit Handels- und Agrarpolitik, den Schutz tropischer Regenwälder und schließlich öffentliche Investitionen in die Forschung und Entwicklung emissionsarmer Energietechnologien.

Damit die für einen solchen Global Deal erforderlichen weit reichenden Reformen in den Ländern des Südens wie auch bei uns mehrheitsfähig werden, brauche es „eine grundlegende Wertediskussion, die sich auch auf unseren Lebensstil sowie unsere Produktions- und Konsummuster beziehen muss“.

Die Erklärung im Wortlaut finden Sie unter [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de) und [www.misereor.de](http://www.misereor.de).

**Religionsfreiheit beim Forum Globale Fragen zu 60 Jahre Menschenrechts-Erklärung**

Viele Konflikte, die scheinbar religiös begründet sind, haben in Wirklichkeit andere Ursachen. Religion wird oft missbraucht und muss als Begründung für Konflikte herhalten, bei denen es tatsächlich um Armut, Abhängigkeit oder die Erfahrung von Demütigung geht. Das hat der Trierer Weihbischof Dr. Stephan Ackermann am 14. Oktober in Berlin betont. Als Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax nahm Ackermann am Forum Globale Fragen des Auswärtigen Amtes aus Anlass des 60. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte teil. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier. Das Impulsreferat hielt Navanethem Pillay, Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen.

Ackermann unterstrich in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Universalität der Menschenrechte? Beispiel Religionsfreiheit“, dass Religionsfreiheit immer mit Gewissensfreiheit verbunden sein müsse. Das heiße auch, dass es die Möglichkeit geben müsse, zu einer Religion, die man als die „wahre“ erkannt habe, zu konvertieren. Stets gebe es ein Spannungsverhältnis zwischen Wahrheitsanspruch und individueller Freiheit. Hier habe auch die katholische



Weihbischof Dr. Ackermann (re) und Prof. Dr. Bielefeldt (li) beim Forum Globale Fragen

Kirche eine „bittere und sehr blutige Lerngeschichte“ hinter sich. Neben Weihbischof Dr. Ackermann nahmen Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Leiter des Deutschen Instituts für Menschenrechte, der pakistanische Botschafter Shahid Ahmad Kamal und Holger Haibach (CDU), MdB, an der Podiumsdiskussion teil.

### *Menschenrechtsintervention in Indien*

Auf Anregung von Justitia et Pax hat sich Erzbischof Zollitsch am 24. September 2008 im Namen der Deutschen Bischofskonferenz an die indische Präsidentin Pratibha Patel gewandt und sie gebeten, alles zu tun, um den gewalttätigen Ausschreitungen gegen Christen im Bundesstaate Orissa ein Ende zu bereiten. Zudem wies Zollitsch auf die Notwendigkeit hin, den christlichen Hilfsorganisationen einen sicheren Zugang zu den Flüchtlingen zu gewähren.

### *MEF-Tagung in Essen, Besuch der DITIB-Moschee*

Die Tagung der Referenten der Diözesanen Sachausschüsse Mission, Entwicklung, Frieden (MEF) vom 3. bis 5. April 2008 in Essen befasste sich im thematischen Schwerpunkt mit „Religionsfreiheit in Deutschland - Chancen und Grenzen“. Prof. Dr. Heiner Bielefeldt stellte in einem einführenden Referat die Lerngeschichte der Religionsfreiheit in der katholischen Kirche neben den Umgang mit der Religionsfreiheit im Islam. Bielefeldt stellte im Referat u. a. die Reformansätze innerhalb verschiedener islamischer Denkströmungen vor und wies auf Besonderheiten des Islam in Deutschland hin: Der Verbandsislam, wie er sich in Deutschland etabliert, ist eine neue Erscheinung der letzten dreißig Jahre. Erst durch die Diasporasituation wurde Selbstorganisation möglich und nötig. Das emanzipatorische Potential dieses Prozesses sollte nicht unterschätzt werden. Sehr instruktiv war der Besuch der seinerzeit noch nicht eröffneten DITIB-Moschee in Duisburg-Marxloh, bei dem zwei Referenten der Gemeinde ihre Arbeit schilderten und den partizipativen Planungsprozess der Moschee in Abstimmung u.a. auch mit benachbarten christlichen Gemeinden.

### *Politischer Dialog zur nuklearen Abrüstung*

Am 29. Mai wurde in Berlin ein politischer Dialog „Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung als Herausforderung für Friedensethik und Politik“ durchgeführt. Abgeordnete der CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Linken sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA) und des Planungsstabes des BMVG haben sich in den Dialog eingebracht. Das AA hat sein Interesse an der Fortsetzung des Gesprächs betont. Der Dialog hat die grundsätzliche Linie der Kommission bestätigt, den eigenen Beitrag möglichst international zu formieren.

Am 25. April fand ein Treffen mit Vertretern der US- und der englischen Bischofskonferenz statt. Es wurde vereinbart, einen gemeinsamen Brief zum Themenkomplex nuklearer Abrüstung zu entwerfen und diesen mit einem geeigneten Auftritt am Rande einer UN-Konferenz in New York im Laufe des nächsten Jahres vorzustellen. Zur Unterzeichnung sollen Vertreter der indischen, japanischen, südafrikanischen, französischen, schottischen und ggf. polnischen Bischofskonferenz eingeladen werden. Eine Beteiligung aus Lateinamerika wird noch geprüft.

Das von der Kommission verabschiedete Dokument liegt mittlerweile sowohl in deutscher als auch in englischer Druckfassung vor, Heft Nr. 113 und 113e der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden.

### *Gespräch im Bundeskanzleramt zum EU-Verhaltenskodex Rüstungsexporte*

Am Gespräch mit Bundeskanzleramtsminister de Maiziere am 14. März 2008 in Berlin nahmen Erzbischof Dr. Reinhard Marx, Prälat Dr. Karl Jüsten, Marc



Prof. Dr. Hoppe, Nachtwei MdB, Polenz MdB, Casel, Dr. Mützenich MdB (von li nach re) beim Politischen Dialog in Berlin

van Boemcken (GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte, BICC) teil. Erstes Thema war die Aufwertung des EU-Verhaltenskodex zu einem Gemeinsamen Standpunkt, um den Kriterien und Verfahrensregeln rechtliche Verbindlichkeit in den Mitgliedsstaaten zu geben. Ausgangspunkt war die entsprechende Konzertierte Aktion der Europäischen Konferenz Justitia et Pax gewesen. Die Bundesregierung unterstützt das Anliegen, war aber skeptisch auf dessen Durchsetzbarkeit. Sie begrüßte das konzertierte Vorangehen von Justitia et Pax mit anderen europäischen Partnern und ermunterte kirchliche Akteure ihre Lobbyarbeit gegenüber EU-Kommission, Parlament und Europarat mit europäischen Partnerkirchen abzustimmen und konzertiert voran zu gehen.

Strittig blieb die Forderung nach mehr Transparenz und Öffentlichkeit für die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung, die Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat und für die tatsächlich getätigten Rüstungsexporte.

### *Krieg in Georgien*

Der Vorsitzende hat sich am 18. August im Rahmen eines KNA-Interviews zu den Vorgängen in Georgien geäußert, dabei hat er u.a. hervorgehoben, dass eine grundlegende Aufklärung der gegenseitig erhobenen Vorwürfe für die zukünftige Diskussion von hoher Bedeutung ist. (siehe Website JP)

### *JP Europa in Belgrad*

Vom 26. bis zum 30. September 2008 hat in Belgrad die diesjährige Generalversammlung der Europäischen Konferenz Justitia et Pax stattgefunden. Inhaltlicher Schwerpunkt des vorausgehenden Internationalen Workshops waren die serbisch-albanischen sowie serbisch-kroatischen Beziehungen. Die Bereitschaft der serbisch-orthodoxen Kirche gemeinsam mit der Ortskirche sowie JP Europa im Rahmen eines ökumenischen Gebets für den Frieden und für alle Opfer im ehemaligen Jugoslawien aufzutreten sowie eine Delegation in einem Kloster im Kosovo zu empfangen, ist als ein wertvolles Zeichen des Kooperationswillens zu bewerten.

Im Rahmen der Generalversammlung ist die Präsidentschaft von der deutschen auf die französische Kommission übergegangen. Damit ist die dreijährige Amtszeit zu Ende gegangen. Erfahrungen aus dieser Zeit sind in Ost-West. Europäische Perspektiven 2008, Heft 2 veröffentlicht worden.

Auf dem Bild rechts: Erzbischof Defois und Sr. Denès O.P., neuer Präsident und Generalsekretärin der Europ. Konferenz und Vorgänger Weihbischof em. Schwarz und Herr Luer bei der Generalversammlung in Belgrad.

### *Maximilian-Kolbe-Stiftung*

Am 28. April hat der Vorstand der Stiftung die Vergaberichtlinien sowie die Richtlinien seiner Medienpolitik beschlossen. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrats am 19. September sind diese Beschlüsse bestätigt worden. Die Stiftung hat damit alle Voraussetzungen geschaffen, um nunmehr ihre Tätigkeit aufzunehmen. Als ein erstes Projekt wird derzeit an einer europäischen Maßnahme zur Erinnerung an den 70. Jahrestag des Beginn des II. Weltkriegs gearbeitet.

### *„Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - Dienste für den Frieden“*

Am 27./28. Mai hat die Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ ihre jährliche Sitzung abgehalten. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Überarbeitung des Grundlagenpapiers zu den kirchlichen Diensten am Frieden. Die überarbeitete Fassung des Grundlagenpapiers liegt mittlerweile vor, Heft Nr. 103 der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden.



Bischof Dr. Irinej (serb.orth.), Weihbischof em. Schwarz, Erzbischof Hodshevar, Mufti Jusufspahic beim Runden Tisch am 27.10. in Belgrad



Treffen mit albanischen Opfern in der islamischen Gemeinde in Mitrovica/Kosovo



Weihbischof em. Schwarz und Erzbischof Hodshevar pflanzen einen Friedensbaum: West und Ost wachsen zusammen



### *Workshop in Uruguay zur Organisationsfreiheit*

Zur Stärkung des neu gegründeten Verbandes informell Arbeitender in Uruguay findet am 6. und 7. November 2008 ein Workshop statt; die Vorbereitungen laufen in enger Abstimmung mit Kolping Uruguay und Kolping International. Die Mitwirkung internationaler Gäste knüpft an die Zusammenarbeit mit Kolping Chile und SEWA an. Ziel des Seminars ist die Vernetzung des Verbandes mit ähnlichen Organisationen in der Region, aber auch der Erfahrungsaustausch zum Aufbau sozialer Sicherheit und Verhandlungsmacht. Der Gesprächskreis von Gewerkschaften und Justitia et Pax beriet auf seiner letzten Sitzung am 19. Mai 2008 die Möglichkeit der Unterstützung des neu gegründeten Verbandes von informell Arbeitenden in Uruguay bei der Gestaltung eines internationalen Seminars. Die Verbandsgründung wird im Kontext des Schwerpunktprojektes zu „Menschenwürdige Arbeit und internationale soziale Standards für armenorientierte Entwicklung“ unterstützt.

### *Internationale Arbeitskonferenz in Genf*

Vom 28. Mai bis zum 13. Juni 2008 fand in Genf die 97. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz statt. Die ILO beschäftigte sich in diesem Jahr u.a. mit den Möglichkeiten der Förderung von Beschäftigung im ländlichen Raum. Frau Dr. Hagemann nahm erstmalig dort als Vertreterin von Kolping International dessen konsultativen Status bei der ILO wahr. Für Justitia et Pax waren Termine mit der Vertretung des Heiligen Stuhls bei den UN-Organisationen in Genf und Kontakte zu dem neuen Sonderberater des Generaldirektors der ILO P. Pierre Martinot-Lagarde SJ und dem Katholischen Zentrum internationaler Einrichtungen in Genf (CCIG) wichtig. Das CCIG befindet sich gerade im Umbruch bezüglich der Einbindung in das Forum katholischer Organisationen mit Konsultativstatus bei den UN, das der Päpstliche Rat der Laien einrichtet. Es besteht Interesse, sich beim Forum für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur menschenwürdigen Arbeit von Seiten des CCIG einzubringen. Die ILO arbeitet an einer Konvention zum Schutz von Hausangestellten, die in den Jahren 2010 und 2011 verhandelt werden soll. Zurzeit sammelt die ILO Fakten aus aller Welt. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten auch für Justitia et Pax Partner, ihre Erfahrungen einzubringen.

### *Studie „Verlagerung von Arbeitsplätzen“*

Die Studie der Sachverständigengruppe ‚Weltwirtschaft und Sozialethik‘ (SVG): „Verlagerung von Arbeitsplätzen - Entwicklungschancen und Menschenwürde - sozialetische Überlegungen“, die am 17. April 2008 durch Karl Kardinal Lehmann, Prof. Dr. Kruip und Prof. Dr. Emunds vorgestellt wurde, hat JP in den Dialog mit Arbeitgebern und Gewerkschaften eingebracht. Am 7. Juni 2008 auf der Jahresversammlung des Academic Councils of the UN-System (ACUNS) in Bonn wurde sie einem internationalen Wissenschaftspublikum vorgestellt. In einem Workshop diskutierten Vertreter des Bundes Deutscher Arbeitgeber (BDA) und des Europäischen Gewerkschafts-Instituts (ETUI) die Studie der SVG mit dem Autor.

Die Studie wurde auch im Rahmen des Bonner Forums diskutiert (vgl. letzter Abschnitt).

### *„Zusammenfügen, was zusammengehört“, Bundestag und Kohärenz*

Die GKKE-Fachgruppe Kohärenz hat ihren siebten Bericht fertig gestellt; er wurde am 3. Juli veröffentlicht. Anders als in den Vorjahren, befasst er sich nicht mit dem Regierungshandeln zur Erreichung einzelner Millenniumsziele, sondern betrachtet den Beitrag des Bundestags zu einer kohärenten Entwicklungspolitik.

Im Bundestag regiere immer noch weitgehend Ressortdenken und Fachorientierung. Das starre Ausschusssystem erschwere eine übergreifende Politik, die sich perspektivisch mit Zukunftsfragen befasse, kritisiert die GKKE. Diese sei heute jedoch mehr denn je erforderlich. Zur praktischen Arbeit des

Bundestags regte die GKKE an, den Austausch zwischen den Ausschüssen zu intensivieren und vermehrt auf gemeinsame Sitzungen und öffentliche Anhörungen zuzugehen. GKKE Schriftenreihe 45

### **Mitarbeit beim Verband der entwicklungspolitischen NRO (VENRO)**

VENRO und andere europäische Nichtregierungsorganisationen stellen sich den Herausforderungen der EU-Entwicklungspolitik auf verschiedene Weise. Das EU-finanzierte Trialog-Programm zur Förderung der entwicklungspolitischen Arbeit in den neuen Mitgliedsstaaten der EU veranstaltete zusammen mit der Europäischen Plattform der entwicklungspolitischen NRO CONCORD, der tschechischen NRO-Dachorganisation FORS und der Ökumenischen Akademie, Prag vom 14. bis 16. Mai 2008 in Prag die Konferenz ‚Are we on the right track? Paradigm Review of CSOs as development actors‘. Justitia et Pax, Frau Dr. Hagemann vertrat dabei VENRO. Im Vordergrund stand die Reflexion von NRO neuer und alter Mitgliedsstaaten der EU mit ihren Partnern zur Ausrichtung ihrer Entwicklungszusammenarbeit und politischen Advocacyarbeit. Interessante Diskussionen um die Ähnlichkeit der Probleme zivilgesellschaftlichen Engagements in afrikanischen und neuen EU-Ländern führten zu dem Wunsch der Vertreter dieser Länder, enger zusammenzuarbeiten.

### **Stellungnahme zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“**

Den zweiten Umsetzungsbericht zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ hat das Bundeskabinett am 16. Juli 2008 vorgelegt. Die GKKE hatte seinerzeit den Aktionsplan der Bundesregierung 2004 begrüßt und im Rüstungsexportbericht 2005 kommentiert. Dr. Moltmann, der die GKKE im Beirat Zivile Krisenprävention vertritt, hat in Abstimmung mit Misereor, Frau Felleisen und EED, Herrn Dr. Heinrich eine Stellungnahme verfasst, die am 22. September mit einer Pressemeldung veröffentlicht und bei der Beiratssitzung und beim Parlamentarischen Abend zum Thema am gleichen Tag in Berlin verteilt wurde. In dieser Stellungnahme wird die fehlende politische Steuerung der Einzelaktivitäten und damit die mangelhafte Umsetzung des ja sehr anspruchsvollen Aktionsplans beklagt. Zwar begrüßt die GKKE die erhebliche Aufstockung der Haushaltsmittel für Vorhaben des Aktionsplans, weist aber auf die wenig transparente Vergabe der Mittel durch das Auswärtige Amt und die für Nichtregierungsorganisationen unsichere Planungsgrundlage für die Mittelerhöhung hin. Kritisiert wird ferner die fehlende Einbeziehung des Beirates in die Umsetzung des Aktionsplanes und die fehlende Vernetzung mit der Arbeit des Ressortkreises. GKKE Schriftenreihe 46

### **GKKE-Workshop „Demokratische Haushaltspolitik im Südlichen Afrika“**

Die Fachgruppe Good Governance hat mit der *Ecumenical Foundation of Southern Africa* (EFSA) und dem *Catholic Parliamentary Liaison Office* (CPLO) einen gemeinsamen Workshop vom 9. bis 12. September 2008 in Kapstadt, Südafrika, durchgeführt. Im Workshop wurden Fragen demokratischer Haushaltspolitik in Sambia, Ghana, Mosambik und Südafrika angesprochen und am Beispiel der Rüstungsexportpolitik und -kontrolle vertieft. Dabei konnten parlamentarische und zivilgesellschaftliche Perspektiven auf diese Prozesse miteinander in einen Dialog treten. Bei allen ausgewählten Ländern hat sich gezeigt, welche großen Probleme mit sehr dominanten Parteien und/oder in Präsidialsystemen auftreten können. Ernüchternd ist die Erfahrung, dass die Beteiligung von Parlamenten an Haushaltsprozessen in den Beispielländern nur wenig ausgebildet und auf schwache institutionelle Ausprägungen gegründet ist.



Prof. Russel Botman (li),  
Universität Stellenbosch  
und Dr. Renier Koenigberg  
(re), EFSA



Teilnehmer/innen aus  
Mosambik, Sambia und  
Ghana/SECAM bei CPLO in  
Kapstadt

## *Publikation „Integrale Entwicklung für alle - wie lernfähig ist die westliche Kultur? - Dokumentation der Tagung ‚40 Jahre Justitia et Pax‘“*

Die Dokumentation des Kongresses zu 40 Jahre JP im Dezember 2007 (Sonderausgabe JP...in Kürze, Ausgabe 8, 12/2007) in Bad Honnef ist als Heft Nr. 116 der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden erschienen. Deutlich wird in vielen Beiträgen, wie aktuell die Anforderungen der Enzyklika Populorum Progressio aus dem Jahr 1967 trotz der großen Veränderungen in der Welt sind.

## *Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt: Teamvisits in Deutschland*

Im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001-2011) hat eine achtköpfige Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 27. Juni bis 4. Juli 2008 verschiedene Städte in Deutschland besucht, um sich über die in unserem Land laufenden oder geplanten Aktivitäten zu informieren. Für die katholische Seite wurde JP gebeten, die Delegation in Köln vom 28.-30. Juni zu begleiten bzw. ein Besuchsprogramm zu koordinieren. Den Abschluss bildete eine Gesprächsrunde am 30.06. von 09.00-11.15 Uhr im Maternushaus in Köln zum Thema „Einsatz der Kirchen in Deutschland für weltweite Gerechtigkeit“, zu dem die im Umfeld Köln/Bonn ansässigen Kirchenleitungen der ACK und einschlägige kirchliche Akteure eingeladen sind. Weihbischof Dr. Stephan Ackermann begrüßte die Teilnehmenden unter ihnen Präses Dr. Schneider von der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Eine Internationale Ökumenische Friedenskonvokation (IÖF) soll die Dekade 2011 abschließen. Justitia et Pax will sich mit Bezug zu dem IÖF-Prozess für einen ökumenischen Beitrag auf dem ÖKT 2010 in München engagieren.

## *Bonner Forum Kirche und Entwicklung*

„**Armutsbekämpfung und Artenvielfalt.** Die Entwicklungspolitik weist Wege“ unter diesem Thema wurde am 3. April 2008 abends in Bonn insbesondere durch Beispiele aus Äthiopien der Zusammenhang von Biodiversität und Entwicklungschancen verdeutlicht. InWent organisierte den Informellen Politikdialog mit Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul im Auftrag des BMZ in Kooperation mit GKKE, EED im Rahmen der Veranstaltungsreihe Bonner Forum Kirche und Entwicklung.

Am 15. September 2008 fand eine Podiumsdiskussion zum Thema ‚**Internationale Sozialstandards** - Stolpersteine oder Leitplanken für die Globalisierung‘ unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft, des BDA, der Gewerkschaften und des Oswald von Nell-Breuning-Instituts statt.

„Zwischen Bildungsauftrag und Marktgesetzen: Die **Finanzierung von Hochschulbildung** in den Ländern des Südens“ ist das Thema der nächsten Veranstaltung am 25. November 2008, die federführend vom Katholischen Akademischen Ausländer-Dienst (KAAD) vorbereitet wird.

### Impressum

*Deutsche Kommission Justitia et Pax  
Kaiserstr. 161, 53113 Bonn  
E-Mail: [justitia-et-pax-deutschland@dbk.de](mailto:justitia-et-pax-deutschland@dbk.de)  
Web: [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de)  
Redaktion: Gertrud Casel*



Erzbischof Ntahoturi (Burundi, anglik.) mit Diakon S. Boyacian beim Besuch der armenisch-orthodoxen Gemeinde in Köln



Erzpriester Dr. Merawi Tebege (äthiop. orth.), Präses Dr. Schneider, Weihbischof Dr. Ackermann am 30.06. in Köln im Gespräch mit ÖRK-Delegierten